

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 400000 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Samstags-Nr. 500000 M.

Er erscheint wochentlich. Bezugsspreis: Ausgabe A mit Multiplikatoren Beilage monatlich 200000 Mark. Ausgabe B ohne Multiplikatoren Beilage monatlich 100000 Mark. Einzelnummern 15000.- Mark. Abbestellern: Die Wpftisch-Druckmaschinenfabrik oder deren Stamm 20.- Mark.

Reaktions-Zentrum
Deutsch 459

Pro fide
et patria

Gesetzgebungs-Zentrum
Deutsch 56

Einberufen Oberstelebens und amtliche Ausgaben 2.- Mark. Beilagezeitung 100.- Mark. - Monatsheft-Oberstelebens 1200 Wpft. - Preise freibleibend. Redaktion und Geschäftsstelle Deutsch O.-S., Bismarckstraße 9.

Der rettungslose Zerfall der Papiermark. Ein Dollar über 220 Millionen.

Neueste Nachrichten.

Wie wir erfahren, beträgt das vorläufige Ergebnis der Goldausbeute des Reiches 75 Millionen Goldmark. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Beizung der am 18. mittags geschlossen wird, jedoch sich das einjährige Resultat noch ergeben dürfte. Die Wertung der Währungen der Welt wird an jedem Tage mit Ausnahme des Sonntags erfolgen.

Goldausbeute: vom 19.-21. Sept. 23 einschließlich 2179 999 900 Prozent. Umrechnungsmaß für Landabgabe: Der Umrechnungsmaß für die Abgabe der landwirtschaftlichen, gewerblichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt vom 19.-21. Sept. einschließlich 21 900 000 für je 1 Goldmark. Deamentbezüge: ab 16. Sept. Maßzahl 2000.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei der Bewertung der Reichsteuern. Eine zweite Verordnung behandelt die Erhöhung der Steuerfüße des Abgabenversteuergesetzes. Ferner werden veröffentlicht Verordnungen über Höchstpreise von Zement, über das Verbot der Ausfuhr von Hopfen und über die ab 17. 9. geltenden Brennstoffverkaufspreise in Goldmark.

Einlage des Staatsstreides sind sämtliche fribilantischen Führer aus Barcelona gestrichelt.

Der englische Premierminister Baldwin wird am Dienstag abend in Paris eintreffen und am Mittwoch vormittag eine Unterredung mit Poincaré haben.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmt einem Regierungsvorschlag zu, der die Erhöhung der Steuerzuschüsse für die Beamten für das dritte Monatsviertel auf 199 900 Prozent festsetzt.

Die Franzosen nahmen gestern im südlichen Marokko in Essen eine Million Mark Reichsgelder, die dem Besatzungsamt für Entschädigungsanträge zur Verfügung standen, weg.

Beschlagnahme von Wertgegenständen.

Reichsanzeiger. Der Reichsanzeiger veröffentlicht in der Depositionskasse Königsplatz der Kammer- und Brand-Verwaltung und haben dort zwei Schatzkisten und ebenfalls die im Bankrot zur Aufbewahrung liegenden Kisten mit Beschlagnahme. Der Depositionskasse ist aufgegeben worden, niemand an die beschlagnahmten Gegenstände heranzulassen. An zuständig ist wird mitgeteilt, daß die Beschlagnahme v. a. unregelmäßig Organen des Depositionskassens ausgeführt sei. Nach einer Mitteilung der B. Z. erfolgte die Beschlagnahme ohne Willen und gegen den Willen des Depositionskassens.

Konflikt zwischen Hifferding und Beamten.

Die Wpft. Zeitung meldet: Zwischen dem Reichsanzeigerministerium und den Reichsbeamten brach ein schwerer Konflikt aus über die Frage der künftigen Modalitäten der Gehaltsauszahlung. Der Reichsanzeigerminister habe am Samstag den Beamtenvertretern erklärt, daß er die wöchentliche Zahlung einführen wolle. Es würde eine Vereinfachung in dem sehr komplizierten Rechnungswesen einleiten, wenn die Summen für die Arbeiter und die Beamten gleichzeitig ausbezahlt werden könnten. Die Beamtenvertreter lehnten jedoch diesen Vorschlag einstimmig ab. Als vom Minister erklärt wurde, daß die Beamten durch die Wöchentlichzahlungen besser vor der Gehaltsverzögerung geschützt seien, erwiderten die Beamtenvertreter, daß dieser Grund nicht stichhaltig genug sei für eine solch grundlegende Änderung.

Wie wir schon gestern angedeutet haben, hat die Wpft. die Antwort auf die intrantigen Reden Poincarés gegeben. Deutschland ist aufgegeben; die Wpft. wird von der Börsennotierung getrieben. Die politischen Folgen vor allem nach innen sind nicht abzusehen. Eine weitere Preissteigerung nach dem Dollarstand wird mit Notwendigkeit die soziale Revolution hervor. Nicht Steuererhöhungen, nicht Devisenkommissare und Notverordnungen vermögen den Abgrund zu rollenden Staatsnagen aufzuhalten; die Rettung liegt nur in der starken rücksichtslosen Tat. Zuerst muß die Ernährung des Volkes sichergestellt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die vorhandenen Nahrungsmittel rationiert werden — nicht im Sinne der alten Kriegswirtschaft — durch Verbot des Warenhandels. Wird

noch lange gesäumt, so kommt jede Maßnahme zu spät. Wir tanzen auf einem Vulkan und die Ereignisse der letzten Wochen sind nur Vorbereitungen schlimmer sozialer Erschütterungen gewesen. Goldmarkaturen, Goldmarklöhne und künstliche volkswirtschaftliche Experimente vermögen nichts mehr zu retten. Heute regieren Wirtschaftler und Volkswirtschaftler — ihre Verdienste in allen Ehren — für den Augenblick kann aber nur noch der harte erbarmungslose politische Entschluß nach innen und außen regieren. Das Volk ist der volkswirtschaftlichen Experimente gründlich satt. Keine Experimente und keine Verprechungen und keine Kommissionen mehr! Fahren wir auf diesem Wege fort, dann geht Reich und Volk über Bord. Die letzten fünf Minuten sind angebrochen, seitdem Poincaré Stresemanns Gedankensatz so brüsk zurückgewiesen hat.

Bor schwerer Entscheidung.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Wenn nicht alles täuscht, werden wir in den nächsten Tagen schon schwerwiegende Entscheidungen sich vollziehen sehen. Wir müssen also aus dem Stadium der Reden und Diskussionen heraus. Die deutsche Reichsregierung hat bei niedrigen Anlässen, die in den letzten Tagen ziemlich ernst und allein zu diesem Zweck konzentriert wurden, Frankreich gegenüber keine Vereinnahmung zu einer Verständigung gezeigt und dabei unabweisende Angebote von so detaillierter Form gegeben lassen, daß nunmehr eine Entscheidung herbeigeführt werden muß. Die letzten Reden Poincarés gaben eine Basis für ein Ueberkommen allerdings noch nicht. Dinge entscheiden sich auch in Frankreich. Man muß dabei weniger auf das Hören, was in der Öffentlichkeit gesagt wird, als auf das, was hinter den politischen und diplomatischen Kulissen in Vorbereitung begriffen ist.

In dieser Stunde müssen wir noch einmal in kurzen Zügen skizzieren, um was es sich handelt: Die Kernfrage, um die jede Entscheidung sich dreht, ist die des passiven Widerstandes. Deutschland hat wiederholt erklärt, daß an dieser Frage eine Verständigung nicht zu scheitern braucht, wenn von der Gegenseite bestimmte Voraussetzungen gegeben und bestimmten erfüllt sind, unter denen wir für die Einlegung in ihre vollen persönlichen und amtlichen Rechte ansehen. Was die Räumung

des Ruhrgebietes anlangt, so ist Deutschland seinen Ansehens bei französischen Hebe, daß diese Räumung nur nach Maßgabe der Zahlungen erfolgt, ungemein weit entgegengekommen. Was Deutschland vorschlägt, ist ja dazu angeht, die Mittel für eine möglichst sofortige Bezahlung Frankreichs sicherzustellen, zum mindesten soweit diese Zahlungen den Streitgegenstand betreffen, der sich um den Einbruch in das Ruhrgebiet entwickelt hat.

Die Entscheidung liegt nicht mehr in deutscher, sondern nun in französischer Hand. Die deutsche Regierung wird in diesen Tagen noch einmal einen Schritt unternehmen, der Frankreich keine andere Wahl, als die der definitiven klaren Entscheidung mehr lassen wird. Eine Spekulation Deutschlands kann nicht in Frage kommen, ebenso wenig kann auch nur ein geringstes davon die Rede sein, daß die gegenwärtige oder irgend eine andere deutsche Regierung bereit wäre, einen zweiten Versailles Vertrag zu unterzeichnen.

Die Entscheidung muß und wird bald fallen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß das noch in der laufenden Woche geschieht. Frankreich steht jetzt auf dem Scheitelpunkt der Entscheidungsbahn, die den beiden Parteien zu beharren, darf sich nicht scheitern und die Welt keinem Zweifel hinterlassen. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus einer anderen Einstellung Frankreichs ergeben, müssen Deutschland für sich heute schon ablehnen.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Berlin, 17. September. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes herabgesetzt:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlichen rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Geldwert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu genügen, oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten an anderer Stelle zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Veräußerung oder Weiterveräußerung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verurteilt ist,

mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Als Lebens- oder Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Strafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist anzunehmen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen. Die Bestimmung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des Paragraphen 3, 3 und 4 der Preisüberverordnungsverordnung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt Teil 1, S. 700) gelten entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 15. September. 1923.

Der Reichspräsident,
ges. Ebert.
Der Reichsminister des Innern,
ges. Sollmann.
Der Reichsminister,
ges. Stresemann.

Die Bauernvereine fordern eine Wehrpflicht der Arbeit.

Die Vertreter der 23 deutschen Bauernvereine sind dieser Tage in Berlin zusammengetreten und haben sich u. a. auch mit der Währungsfrage beschäftigt. Die Bauernvereine vertreten die Meinung, daß die Währung wie das gesamte Wirtschaftsleben durch künstliche Maßnahmen, die nicht im organischen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben stehen, nicht in Ordnung zu bringen ist. Die Währung kann nur stabilisiert werden, wenn alle Störungen des Wirtschaftslebens fallen. Die deutschen Bauernvereine haben in den letzten Jahren wiederholt auf die Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch das Bestehen von hohen Steuern der Vermögensarbeit hingewiesen. Für sich betrachtet der Bauer harte Arbeit ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit als selbstverständliche Pflicht. Ein gleiches fordert er von allen Berufsgruppen. Wirtschaftlicher Niedergang bedingt Minderarbeit. Die produktiven Kräfte des ganzen Volkes müssen aus überhöht angepaßt werden. Sont sind alle Versuche, die Währung in Ordnung zu bringen, nutzlos. Die deutschen Bauernvereine fordern von der Reichsregierung unterzüglich die Initiatives zur Wehrpflicht der Arbeit.

Die gestrichene Papiermark.

Paris, 17. September. Aus Neupost meldet die „Chicago Tribune“, daß die deutsche Mark in ihrem Verhältnis zum amerikanischen Dollar so tief gesunken sei, daß sich führende Bankiers entschlossen hätten, sie aus ihren Kurslisten zu streichen. In den letzten Tagen habe die Mark einen solchen Tiefstand erreicht, daß nicht mehr 42 Millionen, sondern 245 Millionen Mark für einen Dollar hätten bezahlt werden müssen. Die Bankiers erklärten es für lächerlich, erst immer schwierigere mathematische Rechenexempel einstellen zu müssen, um den Wert eines amerikanischen Cent in Mark herauszufinden. Da andererseits die Umsätze in Mark vollständig aufgehört hätten, habe man beschließen, diese nutzlos gewordenen Valuta nicht mehr zu notieren.

Der passive Widerstand.

Essen, 18. Sept. Auf der Zeche Prosper 2 der Rheinischen Stahlwerke in Wetzlar betrieb am Samstag der Kopfhauer Dohle eine Wechselsammlung ein, um darüber abstimmen zu lassen, ob die Wechselsammlung ebenfalls für die Regie der Förderung der Kohle anzunehmen wolle. Der Wechselsammlung beschloß sich bei den Ausführungen Dohles eine solche Wechselsammlung konnte ihn nur mit Mühe vor der erbitterten Arbeiterchaft schützen.

Zwischentredite für Kleinwohnungen.

Berlin, 17. September. Auf Grund des Gesetzes über die Förderung der Verteilung von Kleinwohnungen für die unabweisendste Bevölkerung sind, wie der amtliche Pressebericht meldet, die Mittel zur Gewährung von Zwischentrediten bei der Herstellung von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Zwischentredit wird zur Herstellung von Kleinwohnungen in Kleinbauten jeder Art und in Mietskasernen, besonders solchen, die auf gemeinnütziger Grundlage errichtet werden, gewährt. Der Zwischentredit soll in der Regel zum Aufbau von Baugruppen dienen. Ausnahmeweise kann er auch zum Anbau von Bauland sowie zur Abführung von Sanftstoffen und anderen Trediten auf diesem gewährt werden. Der Zwischentredit, der am Abgabestage Zinsen tragen oder Kalkulieren